Hermann Graml

Zwischen Stresemann und Hitler

Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oldenbourg

Hermann Graml
Zwischen Stresemann und Hitler

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Band 83

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Zwischen Stresemann und Hitler

Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher

Von Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Graml, Hermann:
Zwischen Stresemann und Hitler : die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher / von Hermann Graml. – München : Oldenbourg, 2001
(Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 83)
ISBN 3-486-64583-8

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-64583-8
ISSN 0506-9408

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

I. Die Ausgangslage: Kräfte, Tendenzen, Optionen 11

II. Abkehr des Kabinetts Brüning von der Politik Stresemanns . . . 39

III. Versuche zur Rettung der deutsch-französischen Annäherung und der Übergang Berlins zu aktiver Revisionspolitik. 81

IV. Britisch-deutsche Allianz gegen den Young-Plan 113

V. Auf dem Weg zur Konferenz von Lausanne 169

VI. Brünings Entlassung, die Übergangskabinette Papen/ Schleicher und das Ende der Reparationen 199

Quellen und Literatur. 229

Personenregister 237

Vorwort

Nach dem Sturz eines Kabinetts der Großen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller begann am 30. März 1930 die Periode der erst von Heinrich Brüning, dann von Franz v. Papen und schließlich von Kurt v. Schleicher gebildeten Regierungen, für die sich die Bezeichnung „Präsidialkabinette" eingebürgert hat, da sie weniger und weniger vom Reichstag und mehr und mehr vom Reichspräsidenten abhingen. Das Ende der Periode kam am 30. Januar 1933 mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Nur knapp drei Jahre währte diese Spanne der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, doch war sie für das Ende der Weimarer Republik und für die Anfänge der nationalsozialistischen Diktatur offensichtlich von größter Bedeutung. Daher hat sie schon früh die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Zeitgeschichtsforschung gefunden; bereits deren erstes bahnbrechendes Pionierwerk, Karl Dietrich Brachers 1954 erschienene und bis heute unübertroffene „Auflösung der Weimarer Republik"[1], war der Analyse und Erklärung jener entscheidenden Jahre gewidmet.

Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Frage, ob die Präsidialkabinette als Ouvertüre zum nationalsozialistischen Regime, ja fast schon als dessen erste Phase aufzufassen sind oder ob sie als letzter Akt der Weimarer Republik, ja womöglich als Versuch eines Dammbaus gegen die steigende Flut der NS-Bewegung zu gelten haben. Die Frage lenkte die Aufmerksamkeit naturgemäß auf den offenbar wichtigsten und prägenden Präsidialkanzler, auf Heinrich Brüning. Historiker wie Werner Conze[2] und Rudolf Morsey[3] haben Brüning – wofür sie bedenkenswerte Argumente ins Treffen führten – noch in Weimarer Traditionen und als Arbeiter an einem Bollwerk gegen die Nationalsozialisten gesehen, während etwa Karl Dietrich Bracher Brünings „unpolitischer Politik"[4] doch erhebliche Mitverantwortung für das Ende Weimars beigemessen hat. Brüning selbst hat mit seinen 1970 veröffentlichten Memoiren die Verteidiger seiner Politik böse desavouiert, indem er sich als Anti-Republikaner und Nationalist reinsten Wassers decouvrierte, andererseits freilich durch zahllose Irrtümer, Ungenauigkeiten

1 Bracher, Auflösung der Weimarer Republik (1954).
2 Conze, Brüning als Reichskanzler (1972).
3 Morsey, Brüning und Adenauer (1972).
4 Bracher, Brünings unpolitische Politik (1971).

und offensichtliche Unwahrheiten im Detail auch Zweifel an der Richtigkeit seiner grundsätzlichen Konfessionen möglich gemacht.

Jedenfalls befaßte sich die Forschung, wie angesichts der zentralen Fragestellung nur natürlich, in erster Linie mit der innenpolitischen Entwicklung zwischen 1930 und 1933. Das gilt auch für die große und gewichtige Brüning-Biographie, die Herbert Hömig[5] vorgelegt hat und der wir wichtige Aufschlüsse zum Werdegang des Kanzlers verdanken. Es gilt nicht minder für die umfassenden Darstellungen der Weimarer Republik, wie sie uns zuletzt von Hans Mommsen[6] und Heinrich August Winkler[7] gegeben wurden, obwohl bemerkt werden muß, daß der genaue Leser in Winklers Werk auf souveräner Quellenkenntnis beruhende treffende Urteile gerade zur Brüningschen Außenpolitik findet. Auch in der instruktiven Übersicht Eberhard Kolbs[8] steht die Innenpolitik im Zentrum, ebenso bei Gerhard Schulz[9], der erklärtermaßen den „Wandel des politischen Systems in Deutschland" zu zeigen sucht.

Hingegen sind wir über die deutsche Außenpolitik der Jahre zwischen 1930 und 1933 weniger gut unterrichtet. In der klassischen Darstellung Peter Krügers[10] ist die Zeit der Präsidialkabinette – als im Grunde nicht mehr zur Geschichte Weimars gehörig – lediglich in einer Art Anhang behandelt, und in der neuesten Bilanz, die Horst Möller[11] gezogen hat, ist den internationalen Beziehungen zwar viel Raum gewidmet, doch kann sich ein solcher Überblick naturgemäß nicht auf die Details dreier Jahre in der Geschichte eines einzigen Staates einlassen. Selbst Gottfried Niedharts[12] informatives Handbuch zur Außenpolitik der Weimarer Republik muß sich bei der Schilderung des von Brüning, Papen und Schleicher bestimmten Abschnitts auf ein mit knappen Strichen gezeichnetes Bild beschränken. Franz Knippings überzeugende Untersuchung des Verhältnisses zwischen Stresemannscher und Brüningscher Politik[13] bricht 1931 ab, und Andreas Hillgrubers Essay über Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik[14] ist vom Autor nur als Wegweiser verstanden worden.

Gewiß liegen nicht wenige und auch wichtige Arbeiten zur Reparationspolitik der Präsidialkabinette vor, so die gründliche Abhandlung von Winfried Glashagen[15], und da Reparationspolitik wesentlich Außenpolitik ge-

[5] Hömig, Brüning – Kanzler in der Krise der Republik (2000).
[6] Mommsen, Die verspielte Freiheit (1989).
[7] Winkler, Weimar 1918–1933 (1993).
[8] Kolb, Die Weimarer Republik (1998).
[9] Schulz, Von Brüning zu Hitler (1992).
[10] Krüger, Außenpolitik von Weimar (1985).
[11] Möller, Europa zwischen den Weltkriegen (1998).
[12] Niedhart, Außenpolitik der Weimarer Republik (1999).
[13] Knipping, Das Ende der Locarno-Ära (1987).
[14] Hillgruber, „Revisionismus" (1983).
[15] Glashagen, Reparationspolitik (1980).

wesen ist, mag die Feststellung, die Außenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 liege noch in einer Art Dämmerlicht, doch etwas befremdlich erscheinen. Aber bei näherem Zusehen ist festzustellen, daß sich auch die meisten Studien zur Reparationspolitik auf deren innere Voraussetzungen, auf die internen Entscheidungsprozesse und auf die innenpolitischen Konsequenzen konzentrieren. Daher ist auch zu unbestimmt geblieben, welchen Anteil die Gegenspieler und Partner Deutschlands, also namentlich Frankreich, Großbritannien und die USA, zwischen 1930 und 1933 an der Behandlung des Reparationsproblems hatten, wenngleich Philipp Heyde[16] mit seiner Studie jetzt eine der störendsten Lücken geschlossen hat. Nun besitzen wir seit kurzem ein grandioses Gesamtbild deutscher Außenpolitik „von Bismarck bis Hitler" von Klaus Hildebrand[17], und der Autor ist sich sehr wohl bewußt, welche Bedeutung der kurzen Periode der Präsidialkabinette zukommt; da er aber einen so kühnen Bogen spannt, steht er notwendigerweise unter dem Gebot, vornehmlich die für den Gang seiner Handlung wesentlichen Aspekte jener Periode zu analysieren.

So schien es sinnvoll zu sein, die Außenpolitik der Präsidialkabinette noch einmal in den Blick zu nehmen und dabei den Versuch zu machen, die Leitprinzipien und den Zusammenhang der außenpolitischen Handlungen Brünings, Papens und Schleichers zu erfassen und dann dem Leser zwar ohne Verzicht auf das signifikante Detail, doch möglichst übersichtlich zu präsentieren. Dabei sollte die Hauptfrage lenkend sein, wie sich die Außenpolitik der Präsidialkabinette zur Weimarer Außenpolitik bis zum März 1930 und dann zu den Anfängen nationalsozialistischer Außenpolitik verhält, innerhalb dieser Hauptfrage die Frage – auf die schon Klaus Hildebrand aufmerksam gemacht hat –, ob denn die vier Präsidialkabinette (Brüning I und II, Papen und Schleicher) im Hinblick auf ihre Außenpolitik und deren innenpolitische Fundierung überhaupt als Einheit begriffen werden dürfen, ob nicht schon Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Kabinett Brüning, erst recht zwischen Brüning und Papen, schließlich zwischen Papen und Schleicher bestanden haben. Im Detail lockte die Frage, ob Brüning tatsächlich der erfolgreiche Reparationspolitiker war, der seinem Nachfolger sozusagen die Konferenz von Lausanne hinterließ, die Frage also, konkret gesagt, ob die Konferenz von Lausanne und das auf ihr beschlossene Ende der Reparationen wirklich der deutschen reparationspolitischen Strategie zu danken war oder nicht doch in gleichem Maße oder gar noch mehr dem Handeln etwa der britischen Politiker. Ebenso war es wohl an der Zeit, der von Knut Borchardt[18] wieder gestellten Frage nach Sinn oder Unsinn der zwischen 1930 und 1932 gemachten französischen Kredit-

[16] Heyde, Das Ende der Reparationen (1998).
[17] Hildebrand, Das vergangene Reich (1995).
[18] Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume (1979).

angebote und nach den Gründen ihrer Ablehnung durch die Regierung Brüning noch einmal nachzugehen.

Auf solche Fragen Antworten zu finden, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, die ohne die Unterstützung durch das Institut für Zeitgeschichte und seines Direktors Horst Möller nicht zustande gekommen wäre und deren Autor vielen zu danken hat, wobei die freundliche Betreuung im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts durch Frau Dr. Keipert, Herrn Dr. Pretsch und Herrn Dr. Grupp zu nennen ist, nicht zuletzt aber die kritische Beratung durch Jürgen Zarusky und Hans Woller, den Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, ferner die unermüdliche Mitarbeit von Frau Sybille Benker und Frau Veronika Stroh. In der Arbeit dominiert die vielerorts heute etwas geringgeschätzte Diplomatiegeschichte, doch wer Außenpolitik erkennen und verstehbar machen will, hat gar keine Wahl: er muß sein Augenmerk vor allem auf Aktion und Interaktion der handelnden Personen richten, ob Politiker, ob Diplomaten, ob Militärs.

I. Die Ausgangslage: Kräfte, Tendenzen, Optionen

Dem großen Krieg, der vom Sommer 1914 bis zum Herbst 1918 Europa zutiefst erschüttert und sich durch das Eingreifen Japans, der Türkei und der Vereinigten Staaten von Amerika in der Tat zu einem Weltkrieg ausgeweitet hatte, war ein Zustand gefolgt, in dem die Zukunft der europäischen Staaten so unruhig und friedlos erschien wie nach keinem anderen militärischen Konflikt der vorhergegangenen zweihundertfünfzig Jahre. Das galt für die inneren Verhältnisse der Länder Europas wie auch – in wechselseitiger Abhängigkeit – für die Beziehungen zwischen den Staaten. Letzteres vor allem war – und das ist weniger paradox gewesen, als manche Beteiligte später meinten – gerade dem Willen der Sieger zu danken, dem europäischen Kontinent eine stabile Nachkriegsordnung zu geben.

Geschöpfe eines wissenschaftsgläubigen Zeitalters, hingen die Politiker und Diplomaten der Siegermächte, die in den ersten Nachkriegsjahren die Friedensverträge mit den Besiegten festzulegen hatten, der Vorstellung an, daß nicht nur in Staat und Gesellschaft, sondern auch im internationalen System zivilisierender und humanisierender Fortschritt machbar sei, sofern jetzt, beim Friedensschluß, nicht einfach der entstandenen Machtlage gefolgt, vielmehr ein vernünftiger und Gerechtigkeit schaffender Grundgedanke für eine auf Dauer Frieden stiftende Neukonstruktion der europäischen Staatengesellschaft gefunden werde; an der Notwendigkeit einer solchen Neukonstruktion schien nach viereinhalb Jahren eines ungewöhnlich blutigen Krieges kein Zweifel erlaubt zu sein[1]. Der für den Aufbau als tauglich angesehene Grundsatz war, nicht zuletzt unter dem Einfluß der 1917 in den Krieg eingetretenen USA, bereits vor Kriegsende entdeckt worden: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In den Augen angelsächsischer Friedensmacher kam dem Begriff durchaus der Charakter eines gesellschaftspolitischen Appells zu, eines Appells an die mittel-, ost- und südeuropäischen Nationen, liberaldemokratische Verfassungen – formal und real – zu

[1] Hierzu Baumgart, Vom europäischen Konzert zum Völkerbund; Bosl (Hrsg.), Versailles – St. Germain – Trianon; Goldstein, Winning the Peace; Gunzenhäuser, Pariser Friedenskonferenz 1919; Graml, Europa zwischen den Kriegen; Joll, Europe since 1870; Link (Hrsg.), Woodrow Wilson; Mayer, Politics and Diplomacy; Niedhart, Internationale Beziehungen 1917–1947; Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse. Jetzt auch Möller, Europa zwischen den Weltkriegen.

schaffen, in erster Linie umschrieb er aber die Absicht, das Nationalstaatsprinzip durchzusetzen, auf dem europäischen Kontinent leidlich homogene, also saturierte und danach zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte befähigte Nationalstaaten zu etablieren.

Hatten die Westmächte im Zeichen dieses Ordnungsprinzips schon während der Kriegsjahre nationale Befreiungsbewegungen in Europa – ebenso im Nahen Osten – politisch, militärisch und finanziell unterstützt, so verhalfen sie nun nach dem Krieg, auf der Pariser Friedenskonferenz, solchen Bewegungen tatsächlich zu eigener Staatlichkeit; existierende Nationalstaaten, die sich jedoch wie Rumänien und Serbien als unvollkommen verstanden, wurden entsprechend arrondiert. Dies hat zwei große Reiche und ein kleineres Reich völlig zerstört: das osmanische Imperium, das habsburgische Imperium und dazu noch das ungarische Imperium. Die Türkei büßte ihre beträchtlichen arabischen Besitzungen ein und sah sich auf das anatolische Kernland beschränkt, die Donaumonarchie zerfiel in etliche Nachfolgestaaten, und Ungarn verlor die Slowakei an die neugeschaffene tschechoslowakische Republik, das Burgenland an Deutsch-Österreich, Kroatien-Slawonien an Jugoslawien, die Bukowina, Siebenbürgen und Arad an Rumänien, das Banat an Rumänien und Jugoslawien. Zwei weitere Reiche mußten herbe Verluste hinnehmen: Rußland fand sich aller seiner Ostseeprovinzen beraubt, im Westen seiner polnischen Territorien und im Südosten Bessarabiens. Deutschland hatte Elsaß-Lothringen an Frankreich, Eupen-Malmedy an Belgien, Posen, Teile Westpreußens und Oberschlesiens an den jungen polnischen Staat, das Memelland an Litauen, einen Streifen in Schleswig an Dänemark und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei abzutreten, außerdem Verzicht auf seine afrikanischen, fernöstlichen und pazifischen Kolonien zu leisten; Danzig fiel zwar nicht an Polen, wurde jedoch abgetrennt und als Freie Stadt unter Völkerbundsverwaltung gestellt. In den Auflösungs- beziehungsweise Schrumpfungsprozessen stürzten außerdem die bisher regierenden Dynastien, und sowohl die übriggebliebenen Kernländer wie die gestutzten Staaten verwandelten sich in Republiken; Ungarn freilich gerierte sich weiterhin als Monarchie – als eine Monarchie, die nur genötigt sei, für eine Weile ohne Monarch zu existieren[2].

Dieser Vorgang schnitt so tief, scharf und schmerzhaft in die gewachsene europäische Staatenwelt ein, daß bereits er, statt Frieden und Stabilität zu bescheren, nichts als Anlässe für künftigen Streit und Hader schuf, zumal naturgemäß gerade die politischen Eliten in Reststaaten wie Ungarn oder in verkleinerten Reichen wie Deutschland und Rußland weder willens noch fähig waren, auf das Denken in imperialen Kategorien und auf das Streben nach Rückgewinnung des Verlorenen, ob Länder, ob Geltung, ob Macht, zu verzichten. Zwar hatte in Rußland eine neue Elite aus kommunistischen Re-

[2] Hoensch, Geschichte Ungarns.

volutionären die alte Führungsschicht aus Aristokratie und einem noch kleinen Bürgertum weggefegt, aber die nun herrschenden Bolschewiki eigneten sich, ohne den Anspruch auf die globale sozialistische Revolution aufzugeben, bemerkenswert rasch die imperiale Denkweise ihrer Vorgänger an, die bald sogar Priorität erhielt. Träumten der Hochadel und die Gentry Ungarns von der Restauration des Reiches der Stephanskrone, so die roten Herren Moskaus von der Wiederherstellung der Grenzen des zaristischen Rußland; kaum ein paar Jährchen an der Macht, da schwor Marschall Klimmt J. Woroschilow, Volkskommissar für Verteidigung, einem deutschen Gesprächspartner, er und seine Genossen könnten sich niemals mit den derzeitigen Ostgrenzen Polens abfinden[3].

Der hier angehäufte Zündstoff erhielt eine zusätzliche und seine besondere Brisanz, weil es den Pariser Friedensmachern nicht gelungen war, wenigstens jenes Prinzip, an dem sie die Neuordnung Europas zu orientieren verhießen und ja auch tatsächlich orientieren wollten, rein und überall anzuwenden. Wie denn auch; gerade in Ost- und Südosteuropa ließ das bunte Gemenge der Nationen und Nationalitäten homogene Nationalstaaten überhaupt nicht zu. Jedoch wirkten auf die Konstruktionsarbeit eben auch – ein alter Fluch auf Friedenskonferenzen – prinzipienfremde Gesichtspunkte ein. So schien die wirtschaftliche und militärische Existenzsicherung der jungen und arrondierten Staaten – die außerdem zum Lager der Sieger zählten und überdies bei der Verteidigung der entstehenden Ordnung eine Rolle übernehmen sollten – gebieterisch zu verlangen, ihnen auch Territorien zuzuteilen, deren Bevölkerung keineswegs zur sogenannten „Staatsnation" gehörte und durchaus gegen ihren Willen in einen ungeliebten oder sogar gehaßten Staat gezwungen wurde. In solchen Fällen blieb die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht ohne Echo. Die jeweilige ethnische Gruppe sah sich, statt den Anschluß an einen Staat ihrer Wahl und Nation wählen zu dürfen, plötzlich als „Minorität" in einem fremdnational bestimmten Staat und dort, da die neuen Staatsnationen – fast naturgemäß – einen rabiaten Nationalismus an den Tag legten und mitnichten dem Anspruch auf Einrichtung eines – ihres – Nationalstaats zu entsagen gedachten, permanenter Benachteiligung und zugleich permanentem Einschmelzungsdruck ausgesetzt. So lebten nun etwa in Rumänien mehr äußerst nationalbewußte Ungarn, in Polen mehr antipolnische Ukrainer, im jetzt Jugoslawien getauften Groß-Serbien mehr leidenschaftlich serbenfeindliche Kroaten, als verkraftbar sein konnten; die Tschechoslowakei beherbergte, von kleineren Minder-

[3] Hinsichtlich Bessarabiens äußerten sich in gleichem Sinne z.B. Außenkommissar M. Litwinow am 28. 11. 1930 und der sowjetische Botschafter in Berlin, Leo Chintschuk, am 12. 12. 1931; Aufzeichnung Curtius bzw. Aufzeichnung Bülow jeweils an den genannten Tagen; PA, R 70502 bzw. R 29449. Die Äußerung Woroschilows am 14. 11. 1931 in einer Unterhaltung mit General Wilhelm Adam, Aufzeichnung des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert v. Dirksen, vom 14. 11. 1931; PA, R 29516.

heiten abgesehen, nicht weniger als 3,5 Millionen höchst unwillige Staatsbürger deutscher Herkunft, die – alsbald Sudetendeutsche genannt – in dem liberaldemokratischen Staatswesen einerseits jede Freiheit hatten, ihr deutsches Nationalbewußtsein zu hegen, zu pflegen und zu schärfen, andererseits aber kaum eine Möglichkeit besaßen, die Außen- und Innenpolitik der Republik mitzubestimmen oder wenigstens zu beeinflussen[4].

Deutschland war im Grunde am sanftesten behandelt worden. Die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich und Abtretungen an Polen waren – wenngleich sich über die Gerechtigkeit der nach einer Volksabstimmung verfügten Teilung Oberschlesiens trefflich streiten ließ – keine Sünden gegen das Selbstbestimmungsrecht, sondern Folgen dieses Prinzips, da die Bewohner jener Regionen mehrheitlich im französischen beziehungsweise polnischen Staat zu existieren wünschten. Gewiß hatten die Sieger das Saarland aus dem Reichsverband gelöst und unter Völkerbundsverwaltung gestellt, jedoch nur für fünfzehn Jahre, und der Ausgang der dann vorgesehenen Volksabstimmung stand nie in Frage. Allerdings war nicht nur den Sudetendeutschen, sondern auch den Deutschen in Österreich der verlangte Anschluß an das Reich und damit die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts verwehrt worden; ihnen hatten die Friedensmacher eine eigene Staatlichkeit oktroyiert. Wäre den Österreichern, womöglich noch mit den Sudetendeutschen, das Selbstbestimmungsrecht zugestanden worden, hätten die Siegermächte das geschlagene Deutschland zum Hegemon Europas erhoben und damit das Kriegsergebnis ins Gegenteil verkehrt. Ein solches Verhalten zu erwarten oder zu fordern, hieß und heißt die menschliche Natur und das Wesen von Menschen gemachter Politik gründlich verkennen. Die Behandlung der österreichischen und sudetendeutschen Anschlußbewegung war durchaus verständlich, ebenso verständlich wie die Entschlossenheit, den jungen Staaten zur Lebensfähigkeit zu verhelfen. Auf der anderen Seite ist nicht weniger wahr: die Verständlichkeit, in manchen Fällen sogar Unabweisbarkeit der alliierten Politik änderte nichts daran, daß sie Herde künftiger Konflikte produzierte.

Zu den verletzten, verbitterten und nach Restauration trachtenden Imperialisten, die für das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht das geringste Verständnis, sondern nur Verachtung übrig hatten, gesellten sich also aus dem Kreis der Besiegten auch starke Gruppen, die deshalb zu den natürlichen Feinden der neuen europäischen Ordnung gehörten, weil ihnen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten worden war. In der Realität gab es freilich keine reinliche Scheidung. Individuen, politische Parteien und Organisationen, ethnische Gruppierungen konnten sehr wohl von beiden Gravamina gleichzeitig motiviert sein. Am deutlichsten war das bei den Sude-

[4] Hoensch, Tschechoslowakei. Ferner zum Problem U. Corsini/D. Zaffi (Hrsg.), Minderheiten.

tendeutschen, die unentwegt für sich das Selbstbestimmungsrecht einforderten und unter Berufung auf dieses Prinzip den tschechischen Machtanspruch mit aufrichtiger Empörung verdammten, daneben aber durchaus Bereitschaft zeigten, im Rahmen eines Großdeutschen Reiches Herrschaft über Tschechen auszuüben. Doch fand sich selbst im Kreise der Siegermächte ein Staat, der sich als konsequenter Gegner des entstandenen Status quo fühlte und verhielt. Italien hatte zwar keinen Quadratkilometer und keine Menschenseele verloren, im Gegenteil das Trentino, Triest, den größten Teil Istriens und überdies das deutschsprachige Südtirol bis zur Brennergrenze erhalten, doch glaubte eine Mehrheit der Italiener trotzdem das Recht auf tiefe Enttäuschung zu haben, da erheblich weiter reichende – und während des Krieges von den Verbündeten Italiens auch in Aussicht gestellte – Ansprüche, so auf Teile Dalmatiens und Albaniens, auf die Inseln des Dodekanes und auf zusätzliches Kolonialgebiet in Afrika, unerfüllt geblieben waren. Im Zorn über die entgangenen Gewinne sprachen viele Italiener bald vom „verstümmelten Frieden" – ein Wort, das ebenso realitätsblind und gefährlich war wie die zur gleichen Zeit in Deutschland wuchernde „Dolchstoß-Legende". In Wahrheit hatte sich der italienische Nationalismus schon vor dem Krieg zu einem Imperialismus gesteigert, der – von den parallelen Imperialismen der deutschen oder der habsburgischen oder der zaristischen Führungsschichten qualitativ kaum unterschieden – ein Anrecht darauf zu haben meinte, sämtliche mediterrane, adriatische und ägäische Regionen italienischer Herrschaft zu unterwerfen, wobei zur mediterranen Region nicht allein praktisch ganz Nordafrika, sondern auch die französische Riviera gerechnet wurde. Daß ein solcher Imperialismus auf der Pariser Friedenskonferenz enttäuscht werden mußte, hat die Bitterkeit, von der die italienischen Nationalisten befallen wurden, nicht gemildert. Die im Oktober 1922 als Resultat innenpolitischer Konflikte an die Macht gelangten, von Benito Mussolini geführten Faschisten standen in dieser nationalistisch-imperialistischen Tradition, ja sie träumten noch begehrlicher vom Mittelmeer als dem „mare nostrum", und so trat auch Italien unwiderruflich neben alle anderen Staaten, die ständig auf Gelegenheiten zur Korrektur der Kriegsergebnisse lauerten[5].

Daß sich Europa somit spaltete, daß sich ein Klub konservativer Verteidiger oder doch Anhänger des Status quo, dessen Mitglieder vor allem Frankreich, Großbritannien, die Tschechoslowakei und Rumänien waren, in permanenter Konfrontation mit einer revolutionär gestimmten Partei von Feinden des Status quo befand, daß also die auf der Pariser Friedenskonferenz geschaffene europäische Ordnung ein recht zartes, ja zerbrechliches Gebilde war, stand jedem Europäer, der sich mit Politik befaßte, von Anfang an sehr deutlich vor Augen. Um so eifriger bemühten sich die Angehö-

[5] Burgwyn, Legend of the Mutilated Victory.

rigen des Klubs darum, die Angehörigen der Partei an der aktiven Verfolgung revisionistischer Politik zu hindern. In erster Linie galten solche Anstrengungen naturgemäß dem gefährlichsten, weil potentiell stärksten Revisionisten: Deutschland. Namentlich Frankreich, das durch die Oktoberrevolution in Rußland und durch die revisionistischen Neigungen auch der neuen Herren Moskaus seinen stärksten Bundesgenossen auf dem europäischen Kontinent verloren hatte, dem außerdem eine – als Ausgleich für den Pariser Verzicht auf das Vorschieben der Ostgrenze Frankreichs bis zum Rhein – zugesagte amerikanisch-britische Garantie der eigenen Sicherheit auf Grund des Rückfalls der Vereinigten Staaten in politischen Isolationismus schließlich doch entgangen war, namentlich Frankreich also unternahm alles, um den dräuenden östlichen Nachbarn in Fesseln zu schlagen.

Um einen Ersatz für das nicht mehr existierende russische Bündnis zu schaffen, zimmerten die Pariser Politiker ein Allianzsystem, als dessen östlicher Pfeiler Polen fungierte und das sich im Südosten auf die sogenannte „Kleine Entente" stützte, zu der sich die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, die drei großen Gewinner der Pariser Friedenskonferenz, zusammengeschlossen hatten. Die Allianz sollte Deutschland in Schach halten, nicht zuletzt durch wachsame Kontrolle etwaiger österreichischer Anschlußtendenzen, und zugleich das ja ebenfalls unruhige Italien daran hindern, seinen imperialistischen Gelüsten nachzugeben, namentlich daran, Beutezüge auf dem Balkan zu unternehmen. Die vier Staaten übernahmen bereitwillig die ihnen von Paris zugedachte Rolle, schienen sie doch dadurch eine französische Garantie ihres Bestands gegen deutsche und italienische Anschläge zu erhalten, eine Garantie, ohne die sie ihre Lage für äußerst gefährdet ansehen mußten[6].

Allerdings sah das Gebäude von Anfang an nicht sehr vertrauenerwekkend aus. Es bot gewiß Schutz gegen den italienischen und den ungarischen Revisionismus, jedoch konnte es den deutschen Revisionismus nur abhalten, solange Deutschland schwach war. Wie sollte es Bestand haben, wenn das Deutsche Reich die nach dem Kriege zunächst natürliche Erschöpfung überwand, seine außenpolitische Bewegungsfreiheit zurückgewann und dann womöglich nicht nur seine eigenen revisionistischen Ziele verfolgte, sondern sich an die Spitze der ganzen Revisionisten-Partei setzte? Mithin schien – so glaubten die ersten französischen Nachkriegskabinette – simple Logik zu gebieten, Deutschland möglichst lange in einem Zustand militärischer und außenpolitischer Ohnmacht zu halten. Im Friedensvertrag mit Deutschland, der am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles – wo 1871 die Gründung des Deutschen Reiches proklamiert worden war – unterzeichnet wurde, hatte sich Frankreich das Recht gesichert, die linksrheinischen deutschen Territorien zu besetzen und rechts des Rheins

[6] Wandycz, France and her Eastern Allies; Adam, Richtung Selbstvernichtung.

Stützpunkte zu unterhalten. Das Recht wurde wahrgenommen, und anfänglich beantwortete Frankreich größere oder kleinere oder auch nur sich abzeichnende deutsche Verstöße gegen den Versailler Vertrag mit der Okkupation weiterer deutscher Gebiete: so am 8. März 1921, als Frankreich auf die deutsche Ablehnung einer Reparationsforderung in Höhe von 226 Milliarden Mark mit der Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts reagierte, so am 11. Januar 1923, als der vom Kabinett Cuno angekündigten Einstellung von Reparationszahlungen die Besetzung des Ruhrgebiets folgte. Auch suchten französische Politiker und Militärs die Okkupationen zur Ermutigung und Finanzierung separatistischer Gruppen an Rhein, Ruhr und in der Pfalz zu nutzen[7]. Ferner war Deutschland die Kraft zu offensivem und selbst defensivem militärischen Handeln genommen worden. Der Friedensvertrag begrenzte die Stärke des deutschen Heeres auf 100000, die der Marine auf 15000 Mann, und er verbot die allgemeine Wehrpflicht ebenso wie Flugzeuge, Panzer, U-Boote und schwere Artillerie. Vor allem aber war Deutschland auf französisches Drängen mit einer ungeheuren und im Grunde unbezahlbaren Reparationsschuld belastet worden. Begründet wurde die Schuld mit Deutschlands Verantwortung für den Krieg und damit für alle Schäden, die den Alliierten durch den Krieg entstanden waren (Artikel 231 des Vertrags von Versailles, sogenannter „Kriegsschuldartikel")[8].

In der Tat galten die Reparationen als Strafe, und in der Tat dienten sie zur Finanzierung des Wiederaufbaus in Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien und Rumänien. Ebenso dringend brauchten die Westmächte Geld, um die gewaltigen Kredite abzahlen zu können, die sie während des Krieges von den Vereinigten Staaten bekommen hatten; die USA bestanden lange Jahre unerbittlich auf Rückzahlung. Jedoch war in französischen Augen nicht weniger wichtig, daß die Reparationszahlungen Deutschlands wirtschaftliche und politische Erholung hemmten und insbesondere Deutschlands Fähigkeit, Geld für militärische Zwecke auszugeben und eine Revisionspolitik stützende Armee zu finanzieren, drastisch beschränkten; eine höchst probate Ergänzung der Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrags.

Gewiß hatten sich die Friedensmacher auch um positive Friedenssicherung bemüht, ebenso darum, den nun in fremde Nationalstaaten gezwungenen Minoritäten die Pille etwas zu versüßen. So war von den Siegern ein Völkerbund ins Leben gerufen worden, dessen Satzung Bestandteil des Versailler Vertrags war. Mit diesem Versuch, liberaldemokratischen Parlamentarismus auf die Staatengesellschaft zu übertragen, sollte ein System kollek-

[7] Duroselle, Histoire diplomatique.
[8] Bariéty, Conférence de la paix; Sharp, The Versailles Settlement; Dickmann, Die Kriegsschuldfrage.

tiver Sicherheit errichtet werden, das zwar kriegerische Veränderungen des Status quo ausschloß, aber friedlichen Wandel ausdrücklich zuließ. Der Völkerbund, dessen Sitz Genf wurde, bestand zunächst aus 32 Siegerstaaten – plus 13 neutral gebliebene Länder –, doch war die Aufnahme der Besiegten durchaus vorgesehen, die dann begründbare revisionistische Forderungen zumindest in der Theorie friedlich im Rahmen des Bundes anstreben konnten. Außerdem schuf der Völkerbund ein kompliziertes Geflecht von Minderheitenschutzverträgen, dazu bestimmt, die „Staatsnationen" zu zügeln und ihnen jedenfalls die staatsbürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung ihrer Minoritäten abzuringen[9].

Indes fanden die Besiegten all das wenig überzeugend. Sie sahen, daß Artikel 19 der Satzung, der es der Vollversammlung erlaubte, Mitgliedern die Revision unanwendbar gewordener Verträge und friedensgefährdender internationaler Verhältnisse zu empfehlen, doch sehr zurückhaltend formuliert war, und sie sahen ferner, daß Artikel 10 jedes Mitglied verpflichtete, nicht nur die politische Unabhängigkeit, sondern auch die territoriale Integrität der anderen Bundesmitglieder zu respektieren und sogar zu schützen. Wie sollte da Revisionspolitik im Rahmen des Völkerbunds und friedlich gemacht werden? Auch gehörten die Sowjetunion und die USA dem Bund gar nicht an. Die sowjetischen Führer begriffen den Völkerbund als eine Vereinigung kapitalistischer Staaten und als Instrument der kapitalistischen Hauptmächte Großbritannien und Frankreich. In den Vereinigten Staaten wiederum war Präsident Woodrow Wilson, der zu den Vätern der neuen Institution zählte und sich von ihr aufrichtig eine fortschrittliche Revolutionierung der internationalen Beziehungen erhoffte, am Rückfall der Amerikaner in Isolationismus und am Widerstand seiner innenpolitischen Gegner gescheitert, die den demokratischen Politiker keinesfalls zu einer Art Weltpräsident aufsteigen lassen wollten. Das Fehlen der beiden potentiellen Weltmächte hatte aber zur Folge, daß im Völkerbund zunächst in der Tat Großbritannien, Frankreich und die französischen Trabanten in Ost- und Südosteuropa dominierten. Viele Angehörige der besiegten Völker verstanden daher den Bund noch nicht als eine Institution, in der sich eine Annäherung an ein Zeitalter allgemeinen Friedens manifestierte; für sie war er vorerst lediglich ein Werkzeug der Sieger zur Sicherung des allein in deren Interesse liegenden Status quo[10].

Ein Jahrfünft lang standen die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa nahezu ausschließlich unter der Spannung zwischen den Verteidigern der neuen Ordnung und den potentiellen Revisionisten. Zwar konnten die Besiegten und Enttäuschten noch kaum etwas unternehmen, doch war stets

[9] Dazu die immer noch klassische Darstellung von Walters, League of Nations. Ferner Pfeil, Der Völkerbund.

[10] Kimmich, Germany and the League of Nations.

erkennbar, daß sie sehnsüchtig auf den Augenblick warteten, in dem zu praktischer Revisionspolitik übergegangen werden durfte, und daß sie sich so gut es ging auf diesen Augenblick vorbereiteten. So trat Italien in ein sehr enges Verhältnis zu Ungarn. Ungarische Politiker wie Gyula Gömbös nahmen schon Anfang der zwanziger Jahre Verbindung mit rechtsgerichteten Parteien und Organisationen in Deutschland auf, nicht zuletzt mit der in München beheimateten NSDAP Adolf Hitlers[11]. Auch in Italien beobachteten Mussolini und seine Faschisten mit größter Aufmerksamkeit die Vorgänge im Deutschen Reich; jedes Anzeichen von Erholung und von Kraftzuwachs wurde sorgfältig und freudig registriert, war doch aktive italienische Revisionspolitik ohne deutsche Hilfe nicht recht vorstellbar[12].

Und Deutschland selbst? Es war evident, daß die von hysterischen Zügen nicht freie und immer wieder zu rüden Methoden greifende Sicherheitspolitik Frankreichs, die einen ihrer Höhepunkte in der Ruhrbesetzung fand, den sozusagen naturgegebenen deutschen Revisionismus ebenfalls zu fiebriger Hitze trieb. Frankreich galt rasch nicht allein als ein „Erbfeind", sondern als der „Erzfeind" Deutschlands und der Deutschen. Georges Clemenceau, in der letzten Kriegsphase fast diktatorisch amtierender französischer Ministerpräsident und im Reich zur Symbolfigur französischer Deutschfeindlichkeit stilisiert, habe gesagt, so erzählte man sich allenthalben, es gebe „20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt". Jahre später bat der Präsident des Reichsarchivs das Politische Archiv des Auswärtigen Amts um Verifizierung des Ausspruchs. Wie meist in solchen Fällen stellte sich heraus, daß Clemenceau nichts dergleichen gesagt hatte. Am 9. Juli 1930 mußte Victor v. Heeren (Abteilung II des A.A.) dem Reichsarchiv mitteilen: „Clemenceau selbst hat den Ausspruch in amtlicher oder nachprüfbarer Form nicht getan."[13] Zuvor und auch danach glaubten nur allzu viele Deutsche an die Echtheit der Äußerung und meinten überdies, in der Formel Clemenceaus seien Grundmotiv und Leitprinzip französischer Deutschlandpolitik haargenau getroffen.

Eine der wichtigsten Folgen war die sehr schnell bündnisartige Form annehmende Verbindung zwischen Deutschland und der Sowjetunion[14]. Sie begann 1920 mit einer durchaus polenfeindlichen und für die Sowjetunion

[11] Gömbös erinnerte Hitler daran, als er am 6. 2. 1933 zur Ernennung zum Reichskanzler gratulierte; PA, R 74146. Vgl. auch Aufzeichnung Schlimper, 26. 8. 1931; PA, R 74142, und Aufzeichnung Mackensen, 19. 6. 1934; PA, R 74142.

[12] Lowe/Marzari, Italian Foreign Policy, S. 183 ff.; Woller, Rom, S. 141 ff.

[13] PA, R 70502.

[14] Schieder, Rapallo-Vertrag; Helbig, Träger der Rapallo-Politik; Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau; Graml, Rapallo-Politik; Hildebrand, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion; Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922; ders., Sowjetunion und Deutschland 1922–1933. In die langfristige Darstellung deutscher Außenpolitik eingebettet Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 838 ff.

auch praktisch nützlichen Neutralität Deutschlands im polnisch-sowjetischen Krieg. Sie gewann feste Gestalt 1921/22, als Reichswehr und Rote Armee eine für beide Seiten profitable Zusammenarbeit aufnahmen und diese Kooperation – dazu ein gewisser Wirtschaftsaustausch – mit dem am 16. April 1922 geschlossenen Vertrag von Rapallo auch einen diplomatisch-politischen Rahmen erhielt. Grundlage der Beziehung war, allgemein gesprochen, die generell antiwestliche Orientierung der Partner und die Hoffnung, durch gegenseitige Stützung die jeweils eigene Stellung gegenüber den als Feinde gesehenen Westmächten zu stärken. Die sowjetische Führung versprach sich, wenn sie dazu beitrug, Deutschland auf antiwestlichem Kurs zu halten, insbesondere auch die Verhinderung einer antisowjetischen Einheitsfront der kapitalistischen Staaten, wie sie sich im Frühjahr 1922 in der Tat als Möglichkeit abgezeichnet hatte. In deutschen Augen spielte die militärische Konnexion eine wichtige Rolle, die es erlaubte, die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags wenigstens in bescheidenem Maßstab zu umgehen. Vor allem aber begriffen beide Partner die Allianz als notwendige Voraussetzung und als Vorspiel gemeinsamer Revisionspolitik gegen Polen. Und so mächtig wirkten antiwestliche und antipolnische Emotionen oder, anders gesagt, die nach solchen Emotionen definierten Interessen, daß die Moskauer Bolschewiki überhaupt keinen Anstand nahmen, sich mit konservativen preußisch-deutschen Offizieren und mit Repräsentanten des nationalen deutschen Bürgertums zu verbrüdern, und daß auf der anderen Seite preußische Aristokraten und bürgerliche deutsche Politiker – wie auch Vertreter des Kapitals – nicht die geringsten Bedenken trugen, mit roten Revolutionären zu konspirieren, und dabei in Deutschland allenfalls links von der Mitte auf Opposition stießen.

Angesichts der tiefen Spaltung Europas und angesichts der bitteren Konflikte, die bei dieser Spaltung schon in naher Zukunft erwartet werden mußten, grenzte es an ein Wunder, daß die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten in den Anfangsmonaten des Jahres 1930 erstmals seit dem Kriege nicht mehr zu weiterer Verschlechterung zu tendieren, ja sogar Verbesserung zu verheißen schienen. In den Mächten, die an der Erhaltung des Status quo interessiert waren, begann sich gedämpfter Optimismus zu regen. Konnte die Partei der Feinde des Status quo vielleicht doch mit der Versailler Ordnung versöhnt werden? Genauer gefragt: Konnte der potentiell stärkste Revisionist, Deutschland, vielleicht doch dazu gebracht werden, eine friedlich-stabile Gegenwart und Zukunft den Fährnissen aktiver Revisionspolitik vorzuziehen, und konnten danach all die anderen Revisionisten, denen ohne deutsche Führung und Hilfe die Kraft zum revolutionären Umsturz der Staatengesellschaft fehlte, zu Tolerierung und allmählicher Gewöhnung genötigt sein?

Der Grund solcher Fragen und der Grund dafür, daß eine bejahende Antwort immerhin denkbar wurde, war eine deutsch-französische Annäherung,

die 1924 eingesetzt und sich trotz größerer und kleinerer – von beiden Seiten verschuldeter – Zwistigkeiten bis zur Jahreswende 1929/30 kontinuierlich fortgesetzt hatte[15]. Es gab sowohl in Frankreich wie in Deutschland etliche Politiker, Diplomaten und Intellektuelle, die an die Verständigung ihrer Länder glaubten und daher konsequent daran arbeiteten, aus Annäherung tatsächlich Verständigung zu machen. Gelungen war das bis Anfang 1930 noch nicht. Den Beginn des Prozesses hatte ja auch nicht französische und deutsche Verständigungsbereitschaft bewirkt, sondern schiere Erschöpfung. In Deutschland hatten sich alle politischen Gruppierungen, von der extremen Linken und der extremen Rechten abgesehen, im Spätsommer 1923 eingestehen müssen, daß das Deutsche Reich als Resultat einer Politik des permanenten Konflikts mit Frankreich in ein nicht mehr auszuhaltendes finanzielles und innenpolitisches Chaos gestürzt worden war. Zuletzt hatte die Finanzierung des passiven Widerstands gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, da das benötigte Geld vornehmlich von der Notenpresse produziert worden war, die ohnehin grassierende Inflation zu einer irrwitzigen Hyper-Inflation gesteigert, die ganze Gesellschaftsschichten ruinierte und in der revolutionäre Bewegungen jeder Art prächtig gediehen. Gustav Stresemann, vom 13. August bis zum 30. November 1923 Reichskanzler einer Koalitionsregierung und in allen folgenden Kabinetten bis zu seinem Tode am 3. Oktober 1929 Außenminister, zog die Konsequenzen. Zwar war er damals noch kein Verständigungspolitiker im strengen Sinne des Worts, schon gar nicht ein europäisch denkender Staatsmann, wohl aber hatte sich der Annexionist der Kriegsjahre zu einem realistischen Patrioten entwickelt, der Deutschland im europäischen Zusammenhang sah. So begriff er, daß das Deutsche Reich nicht länger versuchen durfte, das Kriegsergebnis einfach zu ignorieren. Am 26. September 1923 brach er den passiven Widerstand an Rhein und Ruhr ab, und in den letzten Monaten des Jahres machte das Kabinett Stresemann mit der Schaffung der Rentenmark und dem Ausgleich des Haushalts auch der Inflation ein Ende. Der Abbruch des passiven Widerstands kam einer deutschen Kapitulation in der Reparationsfrage gleich, und die Stabilisierung der Währung erlaubte nun zum ersten Mal seit dem Kriege eine halbwegs brauchbare Berechnung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Daß Frankreich die deutsche Kapitulation annahm, lag in erster Linie daran, daß sich in Paris ebenfalls Realismus durchsetzte. Auch die Mehrheit der französischen Politiker sah ein[16], daß eine Politik der Feindseligkeit und der simplen Niederhaltung Deutschlands das Sicherheitsproblem lediglich für kurze Zeit zu lösen vermochte, das Problem im Grunde nur in die Zu-

[15] Hierzu grundlegend und bis heute gültig Krüger, Die Außenpolitik von Weimar, S. 207 ff. Zu Stresemann vor allem Koszyk, Gustav Stresemann; ferner Hirsch, Stresemann; Turner, Stresemann. Republikaner aus Vernunft; Maxelon, Stresemann und Frankreich.

[16] Hierzu Kaelble, Nachbarn am Rhein; V. Pitts, France and the German Problem; Hagspiel, Verständigung.

kunft verlagerte, auf der anderen Seite aber für eine ständige Beunruhigung der europäischen Verhältnisse – vom Chaos in Deutschland ganz zu schweigen – sorgte und daher die bisherigen Bundesgenossen von Frankreich zu trennen drohte. Vor allem Großbritannien. In London dominierte längst wieder das Interesse – wirtschaftlich und auch sozusagen empirepolitisch begründet – an stabilen Zuständen auf dem europäischen Kontinent, und so redeten Premierminister, Foreign Office und britische Diplomaten nicht nur den Deutschen gut zu, zunächst in der Reparationsfrage endlich vor Frankreich zu kapitulieren, sondern sie setzten zugleich ihre französischen Freunde unter massiven Druck, die deutsche Kapitulation, wenn sie denn kommen sollte und als sie dann in der Tat kam, in versöhnlichem Geiste auch zu akzeptieren. Es gelang ihnen sogar, Frankreich gleichfalls zu einer Art Kapitulation zu bewegen: zwar nicht zum Verzicht auf deutsche Reparationen, wohl aber zum Verzicht auf die bislang ungehemmt praktizierte politische Instrumentalisierung des Reparationsanspruchs und auf die Unterstützung separatistischer Gruppen im Rheinland und in der Pfalz. So wurde in Paris eine auf rücksichtslose und totale Anwendung von Versailles pochende Politik der Vertragslogik von einer Politik der Vernunft abgelöst. Jedenfalls in Ansätzen.

Am 30. August 1924 konnte in London zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich eine Vereinbarung unterzeichnet werden, in der Deutschland einwilligte, wieder in fixen Jahresraten Reparationen zu zahlen, und sich außerdem dazu verstand, sein Finanzwesen partiell internationaler Kontrolle zu unterwerfen, bis zu einem gewissen Grade auch die Reichsbank, die überdies unabhängig von der Reichsregierung wurde. Dafür handelte sich Deutschland schon einen reparationspolitischen Vorteil ein. Künftig war die Reichsregierung nur noch für die Aufbringung der Jahresraten zuständig, während für den Transfer der Gelder in die Gläubigerstaaten das internationale Kontrollorgan verantwortlich zeichnete, das dabei darauf zu achten hatte, daß die Reparationszahlungen nicht zu einer Gefahr für die deutsche Währung wurden, das hieß nicht eine neue Inflation bewirkten. Vor allem aber tauschte Deutschland gegen seine reparationspolitische Kapitulation und gegen die Eingriffe in seine Souveränität eine internationale Garantie der Reichseinheit ein, unter der auch die französische Unterschrift stand. Ein Erfolg, den noch ein Jahr zuvor niemand in Deutschland für möglich gehalten hätte. Daß hinter der britischen Intervention auch bereits amerikanischer Einfluß – namentlich auf Frankreich – am Werke gewesen war, ließ sich daran erkennen, daß zu den Architekten des Reparationsplans ein Amerikaner gehört hatte, der nun dem fertigen Vertrag seinen Namen gab: General Charles G. Dawes, exzellenter Finanzmann und Administrator, im Weltkrieg hervorragender Logistiker in der amerikanischen Armee; kurz nach der Londoner Konferenz wurde er Vizepräsident der USA unter Präsident Calvin Coolidge.

Mit der Annahme des Dawes-Plans war Deutschland wieder kreditwürdig geworden, und von einer internationalen Sofortanleihe abgesehen, die 800 Millionen Goldmark betrug und dem Reich den Start der Reparationszahlungen ermöglichen sollte, begannen amerikanische, britische und in bescheidenerem Maße sogar französische Kapitalgeber ihr Geld sogleich in Deutschland anzulegen[17]. Dieser Kreditstrom, der auch in den folgenden Jahren reichlich floß, diente nur zum geringeren Teil zur Finanzierung der Reparationsleistung. Überwiegend wurde in Wirtschaftsunternehmen investiert, gingen Anleihen an Länder und nicht zuletzt an Kommunen. Die deutsche Wirtschaft kam in Fahrt, der innere Markt kräftigte sich, der Lebensstandard breiter Schichten, gerade auch der Arbeiter, stieg, und danach konnte auch die Beruhigung der innenpolitischen Verhältnisse, wie sie mit der Währungsreform von 1923/24 verbunden war, zu Stabilisierung fortschreiten.

Der konjunkturelle Aufschwung war – ebenso wie die politische Erholung – keineswegs eine „Scheinblüte", wie oft gesagt wurde und wird. Die Blüte war durchaus real, jedoch konnte sie, wie schon viele Zeitgenossen nicht verkannten, ungewöhnlich leicht ungewöhnlich großen Gefährdungen zum Opfer fallen. Viele Anleihen kamen als kurzfristige Kredite, wurden aber von den Empfängern, namentlich von den Kommunen, oft in Vorhaben gesteckt, die ihrer Natur nach langfristige Kredite erfordert hätten. Solange es keine Schwierigkeiten machte, abgelaufene und abgerufene Kredite durch neues kurzfristiges Geld zu ersetzen, funktionierte das System, wurde aber der Kreislauf gestört oder zum Stocken gebracht, führte eine wirtschaftliche oder politische Krise – womöglich beides – zur Desertion kurzfristiger Kredite, ohne daß Ersatz zu beschaffen war, brachen sogleich Katastrophen herein.

Zunächst war jedoch die wohltätige Wirkung, in Wirtschaft wie Politik, zu sehen und zu spüren, und in dem solchermaßen veränderten Klima konnten weitere Schritte folgen. Stresemann betrachtete den Dawes-Plan, wie auch die meisten Politiker in den alliierten Staaten, lediglich als Provisorium. Im fünften Jahr der Laufzeit des Plans sollte von den moderateren Raten der ersten vier Jahre wieder zu den weit höheren Raten der Vor-Dawes-Periode zurückgekehrt werden. Für Stresemann hieß das nur, daß nach Ablauf der vier Jahre Verhandlungen aufgenommen werden müßten, und zwar nicht etwa über das Ausmaß einer Erhöhung, sondern über eine neuerliche Herabsetzung. Ebenso wichtig war in seinen Augen die Aufhebung der Finanzkontrollen und – da der Dawes-Plan bloß die Räumung des Ruhrgebiets und etlicher Städte des Rheinlands binnen eines Jahres zusagte – der Abzug französischer Truppen aus den laut Versailler Vertrag noch länger

[17] Aldcroft, Die zwanziger Jahre; Kindleberger, A Financial History; Rowland (Hrsg.), Balance of Power.

besetzten deutschen Territorien; außerdem hatte auch die für die Reichswehr höchst unbequeme Interalliierte Militärkontrollkommision zu verschwinden.

Nun war aber klar, daß man all dies allein dann zu erreichen hoffen durfte, wenn es gelang, Frankreich zur Zustimmung zu bewegen. Stresemann wußte sehr genau, daß Großbritannien bereit war – um der Stabilisierung Kontinentaleuropas willen –, gegenüber Deutschland Appeasement-Politik zu betreiben. Andererseits hatte er frühzeitig erkannt, daß die britische Neigung zum Appeasement nicht so weit ging, sich gegen Frankreich ausspielen zu lassen oder ein gegen Frankreich gerichtetes Bündnis mit Deutschland einzugehen. Die britische Regierung hatte 1923/24 bewiesen, daß sie durchaus fähig war, den französischen Freunden bei Verirrungen, das hieß bei allzu unruhestiftender Handhabung des Versailler Vertrags, in den Arm zu fallen und dabei auch ernstere Konflikte nicht zu scheuen. Doch Deutschland bei der allmählichen Lockerung von Versailler Bindungen behilflich zu sein, war den britischen Politikern nur möglich, wenn sich die deutsche Regierung in Paris um das französische Einverständnis mit den einzelnen Etappen bemühte und dabei selber Konzessionen machte. Frankreich war nicht zu umgehen; die partielle Abkehr von Versailles bedingte eine partielle deutsche Anerkennung von Versailles[18].

Angesichts der gegenüber Versailles und Frankreich so feindlichen Stimmung großer Teile der deutschen Bevölkerung war die Wendung zu Realismus und Vernunft nicht nur ein innenpolitisch schwieriger, sondern sogar ein für Stresemann persönlich gefährlicher Akt; schließlich lag die Ermordung Matthias Erzbergers und Walther Rathenaus erst wenige Jahre zurück. Gleichwohl übermittelte Stresemann, von Lord D'Abernon, dem britischen Botschafter in Berlin, nachdrücklich ermuntert, der Regierung Großbritanniens am 20. Januar 1925 eine Note, in der er die freiwillige Anerkennung der deutschen Westgrenze anbot und einen die Anerkennung dokumentierenden wie garantierenden Sicherheitspakt der interessierten Mächte vorschlug. Die britische Regierung betrachtete das Dokument nicht ohne Skepsis. Die Skepsis galt jedoch nicht dem Vorschlag Stresemanns, sondern der deutschen Aufrichtigkeit und nicht weniger der Bereitschaft Frankreichs, sich auf das deutsche Projekt einzulassen. Auch durfte in Paris nicht der Verdacht auf eine deutsch-britische Konspiration geweckt werden. So vergingen einige Tage, ehe das britische Kabinett Ende Januar zu verstehen gab, daß die deutsche Note nicht ungünstig aufgenommen worden sei, und mit dem Hinweis, in derartigen Fragen könne England nicht ohne seine Alliierten verhandeln, einen ähnlichen deutschen Schritt in Paris empfahl. Stresemann folgte dem Wink und unterbreitete seine Vorschläge am 9. Februar

[18] Graml, Europa zwischen den Kriegen, S. 175 ff.